



Bundesministerium
des Innern



r Freiheit
Einheit
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Stadtverwaltung Offenbach
-Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Offenbach am Main
Herr Erik Lehmann-
Berliner Straße 100
63065 Offenbach

MinDir Franz-Josef Hammerl
Abteilungsleiter M

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-2171

FAX +49 (0)30 18 681-52171

E-MAIL M@bmi.bund.de

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 7. Oktober 2009

AZ M18 - 125 470-7-11

Sehr geehrter Herr Lehmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. September 2009 an Bundesminister Dr. Schäuble, in dem Sie sich für ein Resettlement-Programm aussprechen und die Bereitschaft der Stadt Offenbach erklären, Flüchtlinge im Rahmen eines solchen Programms aufzunehmen. Minister Dr. Schäuble hat mich um die Übernahme der Antwort gebeten.

Wie Sie wissen, verfügt die Bundesrepublik Deutschland bisher nicht über ein sog. Resettlement-Programm. Allerdings bedeutet dies lediglich, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Vorab-Festlegung getroffen hat, jedes Jahr einer bestimmten Anzahl von Personen eine humanitäre Aufnahme zu ermöglichen. Vielmehr erfolgt eine solche Aufnahme in Deutschland wie auch in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten auf ad-hoc-Basis in Einzelfällen bzw. zugunsten von Personengruppen. Auf dieser Grundlage haben wir eine lange Tradition von umfangreichen humanitären Aufnahmen schutzbedürftiger Personen aus Krisenregionen (z.B. ca. 30.000 Vietnam. Bootsflüchtlinge in 80er Jahren, 3.000 albanische Botenschaftsflüchtlinge, ca. 350.000 bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge und 15.000 Kosovaren in den 90er Jahren).



SEITE 2 VON 2 Auch im letzten Jahr hat Deutschland innerhalb der EU die Initiative zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge ergriffen und nimmt dabei mit 2.500 Personen die höchste Anzahl unter den Mitgliedstaaten auf. Insgesamt ist Deutschland laut UNHCR wie schon im Vorjahr weltweit unter den Hauptaufnahmestaaten und führender Aufnahmestaat von Flüchtlingen unter den sog. Industriestaaten.

Die EU-Kommission hat Anfang September den Vorschlag für ein freiwilliges EU-Neuansiedlungsprogramm vorgelegt. Aus deutscher Sicht ist vor allem zu prüfen, ob die humanitäre Aufnahmen im Rahmen eines solchen Programms einen erheblichen Mehrwert zu sog. ad-hoc-Aufnahmen hat, wie wir sie bisher durchführen. Hierfür werden wir auch auf die Erfahrungen bei der gegenwärtigen Aufnahme der irakischen Flüchtlinge zurückgreifen und eine enge Abstimmung mit den Bundesländern vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen